



Die Initiatoren der Bürgerinitiative präsentierten den Bürgern den Stand ihrer Recherchen zur Flüchtlingspolitik in NRW und der Stadt Olpe. Foto: Miriam Hubmayer

Möglichst transparent

Gespräche laufen – Verwaltung plant Infoabend

→ Fortsetzung vom Titel Olpe.

Der Kauf der Kolping-Ferienstätte sei ohne Ratsbeschluss jedoch unmöglich, habe der Bürgermeister im Gespräch versichert. „Die Immobilie ist noch auf dem freien Markt hieß es. Unsere Recherchen haben allerdings ergeben, dass das Kolpingwerk bisher ausschließlich mit der Stadt Olpe verhandelt“, sagte Reiner Löcker.

stemmen. Die Bürgerinitiative führte bereits Gespräche mit den Fraktionen im Stadtrat und hoffe, das Thema Flüchtlinge in Olpe auch in Zukunft möglichst transparent und ehrlich zu diskutieren.

Natürlich gab es auch Stimmen aus dem Publikum zur Präsentation der BI: „Das war eine wohlthuend sachliche Darstellung“, bedankte sich Lothar Epe, Vorsitzender des Caritasverbandes Olpe. „Wir unterstützen die Idee eines runden Tisches.“

Die Initiatoren der Bürgerinitiative haben sich mit einem Fragenkatalog an die Stadtverwaltung gewandt. „Die Ferienstätte ist für 185 Personen ausgerichtet, wie sollen hier über 500 Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden? Wie ist es mit der Hygiene? Mit der Gesundheitsversorgung? Mit dem Gewaltpotenzial? Denn viele der Menschen haben alles verloren, sind schwer traumatisiert und brauchen unsere Hilfe“, so Löcker.

Hinzu komme, dass in ganz NRW keine ZUE so nah an einem Wohngebiet liege. Daher wünschten sich die Redner, statt einer großen ZUE die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge – das heißt, in kleineren Wohneinheiten über das gesamte Stadtgebiet verteilt.

Forderung nach „rundem Tisch“

„Wir fordern die Erarbeitung eines nachhaltigen, gut durchdachten Konzeptes zum Umgang und Zusammenleben mit Flüchtlingen und Anwohnern“, so Christian Hose. „Dieses sollte flexibel sein, um in Zeiten steigender Flüchtlingszahlen schnell reagieren zu können. Es wäre super, wenn wir einen ‚runden Tisch‘, bestehend aus Vertretern der Stadt Olpe, Politikern, sozialen und kirchlichen Organisationen und Bürgern, einrichten könnten.“

So müsse die Stadtverwaltung die Aufgabe nicht allein

Diskussion über neue Standorte im Landtag

Auch MdB Theo Kruse (CDU) schloss sich dem Dank an: „Das sensible Thema steht ganz oben auf der Tagesordnung im Landtag. Es werden dutzende Standorte für neue ZUE diskutiert“, so Kruse. „Ganz wichtig ist hier: Eine solche Einheit wird nicht eingerichtet, wenn die Kommune dagegen ist.“

Dr. Bettina Wolf, Vorsitzende der Agentur für Arbeit Siegen, bat außerdem darum, statt eines runden Tisches ein Arbeitsbündnis einzurichten, da „ein runder Tisch immer sehr unverbindlich klingt“. Sie hoffe, dass die Überlegungen nach der besten Lösung für die Stadt Olpe mit vielen weiteren Fakten unterlegt werden könne. Nach noch weiteren Wortmeldungen schloss Sebastian Nies: „Ich frage mich, warum die Stadt Olpe auf einmal so aktiv ist und es so eilig hat? Der Umgang mit den Bürgern und Flüchtlingen ist nicht akzeptabel: Ich habe von der Stadt bisher nur fiskalische Gründe und keinerlei humanitären gehört.“

Am kommenden Dienstag, 27. Januar, soll in der Aula der Realschule ein Infoabend der Stadt mit Vertretern der Stadt, Polizei und aus Hemer veranstaltet werden. „Wir sind mit unserem Fragenkatalog dabei“, sagten die Initiatoren der BI abschließend.

„Nicht einfach wegblicken“

Erster Infoabend der Bürgerinitiative Humanitäre Flüchtlingspolitik

■ Von Miriam Hubmayer
m.hubmayer@sauerlandkurier.de

Olpe. Trotz eines sehr kurzfristigen Ortswechsels platzte der Saal des Olper Kolpinghauses am Montagabend aus allen Nähten: Der erste Informationsabend der neuen Bürgerinitiative (BI) Humanitäre Flüchtlingspolitik in Olpe zog über 180 Bürger an – nicht nur die Anwohner des Kolping-Ferienheims, sondern auch viele interessierte Olper waren anwesend.



Der Saal des Kolpinghauses war zur ersten Bürgerveranstaltung voll besetzt. Nicht nur Anwohner, sondern auch interessierte Olper nahmen die Gelegenheit wahr, sich über die neue Bürgerinitiative zu informieren. Foto: Miriam Hubmayer

„Wir sind im Kolping-Ferienheim nicht mehr willkommen, teilte uns das Kolpingwerk aus Coesfeld heute Nachmittag mit. Daher sind wir auf das Kolpinghaus ausgewichen“, begrüßte Wolfgang Maasjost, der die BI gemeinsam mit Reiner Löcker, Ansgar Clemens, Peter Kliche und Christian Hose initiierte, die Olper. Er freute sich sehr, dass die Bürgerinitiative nur drei Wochen nach der Gründung am 3. Januar (der SAUERLANDKURIER berichtete) auf 120 Mitglieder angewachsen ist. „Wir möchten Sie heute sachlich informieren und mit Ihnen diskutieren“, schloss sich Christian Hose an.

109 Flüchtlinge bisher aufgenommen

Die BI „Humanitäre Flüchtlingspolitik in Olpe“ setzt sich für eine dezentrale, menschenwürdige Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Olpe ein. „Wir haben durch einen Zufall vom Plan der Stadtverwaltung erfahren, die Kolping-Familienferienstätte zu kaufen und in eine Zentrale-Unterbringungs-Einheit, kurz ZUE, zu verwandeln“, sagte Hose.

Er erläuterte den bisherigen Stand der Recherchen der BI zur Flüchtlingspolitik in NRW und der Stadt Olpe. „Die ZUE in Hemer durchliefen zum Beispiel im Jahr 2013 11.000 Flüchtlinge“, so Hose. „Das sind ganz andere Dimensionen als wir bisher kennen.“ Die Stadt Olpe hat im vergangenen Jahr 109 Flüchtlinge aufgenommen (Stand Oktober 2014). Nach Informationen der BI sollen 2015 50 bis 100 hinzukommen. „Eine wirklich überschaubare Größe, finden wir“, so Hose weiter. Am 22. Dezember trafen sich die Initiatoren mit Bürgermeister Horst Müller zum Gespräch. „In dem Gespräch ging es nur um die Amortisierung der Kosten für Kauf und Umbau, nicht aber um die Menschen, um die Flüchtlinge“, sagte Christian Hose zum Gespräch mit Bürgermeister Müller. „Ich bin gebürtiger Olper und würde mich schämen, wenn wir hier einfach wegblicken“, so Hose. „Das Integrationspotenzial wird nicht genutzt.“ Es sei jedoch versichert worden, dass noch keinerlei Verträge gemacht und unterschrieben seien, schloss sich Reiner Löcker an. Das cjd habe die Idee gehabt,

in der Kolping-Ferienstätte syrische Flüchtlingsfamilien unterzubringen, dieser Vorschlag wurde vom Land NRW abgelehnt, da keine Selektion der Flüchtlinge entstehen dürfe. „Dies war wohl der Anstoß für Bürgermeister Müller“, so Löcker.

→ Weiter auf Seite 8